

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 3714

des Abgeordneten Axel Vogel

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 5/9438

### Vereinbarung der Landesregierung mit Vattenfall zum Aufschluss von Welzow-Süd

Wortlaut der Kleinen Anfrage 3714 vom 19.08.2014:

Am 3.6.2014 hat die Landesregierung geschlossen für eine Erweiterung des Tagebaus Welzow-Süd gestimmt und per Rechtsverordnung den entsprechenden Braunkohlenplan erlassen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Gibt es Vereinbarungen oder Absprachen zwischen der aktuellen oder einer früheren Landesregierung Brandenburgs mit Vattenfall oder früheren Betreibern des Tagebaus über den Aufschluss von Welzow-Süd, Teilabschnitt II?
2. Gibt es Vereinbarungen oder Absprachen zwischen der aktuellen oder einer vormaligen Landesregierung Brandenburgs mit Vattenfall oder früher in Brandenburg aktiven Bergbauunternehmen über garantierte oder in Aussicht gestellte Braunkohle-Fördermengen und -Förderzeiträume oder über Mindest-Betriebszeiträume von Braunkohlekraftwerken?
3. Durch wen und wann wurden diese Vereinbarungen mit Vattenfall geschlossen?
4. Welchen Einfluss hatten diese Vereinbarungen auf den Ablauf und die Entscheidung im Braunkohlenplanverfahren Welzow-Süd, Teilabschnitt II?
5. Welche vertraglichen Konsequenzen hätten sich aus einer Ablehnung des Aufschlusses von Welzow-Süd II ergeben?
6. Gibt es Vereinbarungen oder Absprachen zwischen der aktuellen oder einer früheren Landesregierung und Vattenfall zu anderen Tagebauen (z. B. Jänschwalde-Nord) oder zum Neubau von Braunkohlekraftwerken?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Gibt es Vereinbarungen oder Absprachen zwischen der aktuellen oder einer früheren Landesregierung Brandenburgs mit Vattenfall oder früheren Betreibern des Tagebaus über den Aufschluss von Welzow-Süd, Teilabschnitt II?

Frage 2:

Gibt es Vereinbarungen oder Absprachen zwischen der aktuellen oder einer vormaligen Landesregierung Brandenburgs mit Vattenfall oder früher in Brandenburg aktiven Bergbauunternehmen über garantierte oder in Aussicht gestellte Braunkohle-Fördermengen und -Förderzeiträume oder über Mindest-Betriebszeiträume von Braunkohlekraftwerken?

Frage 3:

Durch wen und wann wurden diese Vereinbarungen mit Vattenfall geschlossen?

Frage 4:

Welchen Einfluss hatten diese Vereinbarungen auf den Ablauf und die Entscheidung im Braunkohlenplanverfahren Welzow-Süd, Teilabschnitt II?

Frage 5:

Welche vertraglichen Konsequenzen hätten sich aus einer Ablehnung des Aufschlusses von Welzow-Süd II ergeben?

Frage 6:

Gibt es Vereinbarungen oder Absprachen zwischen der aktuellen oder einer früheren Landesregierung und Vattenfall zu anderen Tagebauen (z. B. Jänschwalde-Nord) oder zum Neubau von Braunkohlekraftwerken?

Zu den Fragen 1 bis 6:

Zwischen der Landesregierung Brandenburg und dem Unternehmen Vattenfall oder dessen Rechtsvorgängern wurden keine Vereinbarungen oder Absprachen über die Fortführung des Tagebaus Welzow-Süd in den räumlichen Teilabschnitt II, über garantierte oder in Aussicht gestellte Braunkohlefördermengen und -förderzeiträume, über Mindestbetriebszeiträume von Braunkohlekraftwerken, zu anderen Tagebauen oder zum Neubau von Braunkohlekraftwerken getroffen.